P-1 Für einen CO2 Preis, der wirklich etwas verändert

Gremium:	Grüne Jugend Bundesvorstand
Beschlussdatum:	27.12.2019
Tagesordnungspunkt:	P – Aktuelle politische Entwicklungen

Antragstext

Der Sommer 2019 war der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnung, durch die anhaltende Dürre kam es in Brandenburg zu den größten Waldbränden aller Zeiten und auch in Portugal, Spanien, Australien, Brasilien, Zentralafrika und in der Arktis standen 2019 große Flächen in Flammen. Dabei wurde extrem viel CO2 freigesetzt und die Folgen treffen insbesondere Menschen im Globalen Süden, die sich nicht vor den Folgen schützen können.

Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen: Die Klimakrise ist da, doch die Große Koalition hat in den letzten Jahren eher mit Unwissen und Blockadehaltung die Klimapolitik Deutschlands und Europas bestimmt.

Das vorgeschlagene Klimapaket der Bundesregierung vom September 2019 reicht nicht aus, um die eigenen Klimschutzziele bis 2030 zu erreichen, die Erreichbarkeit von 1.5 Grad des Pariser Abkommen liegt in weiter Ferne. Jahr für Jahr schiebt die Große Koalition die Reduktionsverpflichtungen weiter vor und jedes Jahr stoßen Deutschland und Europa mehr CO2 aus, als uns noch rechnerisch zusteht.

Es ist schon lange nicht mehr 5 vor 12! Um die Klimakrise im heutigen Stadium noch eindämmen zu können, brauchen wir ab sofort eine Kehrtwende in der Politik. Neben einem Klimavorbehalt, der alle weiteren Maßnahmen und Gesetze der Bundesregierung prüfen soll und einem Instrumentenmix, der die Verkehrs-, Agrar-, Industrie-, Gebäude- und Energiesektoren gleichermaßen unter die Lupe nimmt und eine Transformation in allen Bereichen ermöglicht, fordern wir einen CO2-Preis, der schon heute Wirkung zeigt und den Wandel weg von klimaschädlichen Prozessen verschnellert.

Nur ein ambitionierter CO2 Preis kann Wirkung zeigen

Ein CO2-Preis kann dazu dienen, dass ambitionierter Klimaschutz schneller vorankommt, da der Marktmechanismus klimaschädliche Prozesse bei einem angemessenen Preis verhindert.

Für uns ist allerdings klar, ein CO2-Preis ist nur dann auch wirklich gut für eine Gesellschaft, wenn er sozial gerecht gestaltet wird.

Das Umweltbundesamt schätzt die Schäden, die eine Tonne CO2 anrichtet, auf 180€ pro Tonne (in Preisen für 2016 gerechnet), wenn man die Schäden für zukuntige Generationen noch beachtet sogar auf 640€. Der CO2 Preis von 25€, auf den sich der Vermittlungsausschuss im Dezember 2019 geeinigt hat, ist nicht hoch genug, um überhaupt eine Wirkung zu zeigen und die ersten klimaschädlichen Prozesse sofort zu beenden. Ein CO2 Preis, der wirklich Wirkung zeigt, muss bei mindestens 50€ beginnen, wie verschiedene Studien begründen (u.a. Agora Energiewende).

Die GRÜNE JUGEND fordert einen CO2-Preis von 80€ ab 2020 und einen Anstieg von 20€ pro Jahr für alle Sektoren. Dies würde bedeuten, dass wir 2025 einen CO2-Preis von 180€ erreichen. Ebenfalls fordert die GRÜNE JUGEND in diesem Zusammenhang ein unabhängiges Gremium bestehend aus Klima- und Wirtschaftswissenschaftler*innen, das im Umweltbundesamt angegliedert ist, welches jährlich überprüfen soll, ob die Höhe des CO2-Preises ausreicht oder doch erhöht werden muss.

Andere Staaten in Europa gehen mit gutem Beispiel voran: so haben sowohl Schweden mit 115€ pro Tonne als auch die Schweiz mit 96 Franken pro Tonne einen CO2 Preis, der schon heute Wirkung zeigt.

Das Aufkommen aus der Steuer muss durch Mechanismen wieder zurück an die Menschen verteilt werden, um soziale Gerechtigkeit zu garantieren. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND ein Energiegeld von 200€, das an alle Bürger*innen gegeben wird. Dieser Mechanismus führt dazu, dass Haushalte, die weniger Energie verbrauchen, auch mehr Geld erstattet bekommen. Bei einer Steigerung des CO2-Preises muss das Energiegeld dementsprechend zurück an die Menschen verteilt werden, um eine Mehrbelastung ärmerer Haushalte zu verhindern.

Die übrigen Einnahmen, die nicht in ein Energiegeld für Bürger*innen fließen, sollen in Gänze in klimaschonende Maßnahmen fließen und so einen schnelleren Wandel ermöglichen.

Als GRÜNE JUGEND fordern wir, (unter anderem) Maßnahmen zu priorisieren, die sowohl klimaschonend sind, als auch die soziale Spaltung bekämpfen. Als gutes Beispiel kann hier eine Initiative des Ausbaus und der Vergünstigung des Öffentlichen Nah-/Fernverkehrs dienen. Wir wollen klar machen: Soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen die Klimakrise stehen in keinem Widerspruch zueinander!

Alle Gelder sofort raus aus klimaschädlichen Prozessen

Neben einem CO2-Preis fordert die GRÜNE JUGEND sofort alle Subventionen in klimschädliche Prozesse zu beenden. Damit werden sowohl die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, der Beschaffungszuschuss für Ölheizungen, Nichtbesteuerung von Kerosin und die Subventionen von Kohlekraftwerken sofort eingestellt.

Leider haben klimaschädliche Unternehmen an Kapitalmärkten auch jetzt noch leichtes Spiel, an Geld für neue CO2-intensive Investitionen zu kommen. Selbst öffentliche Kapitalanlagen in klimaschädliche Unternehmen sind absolut gängig. Das muss sich ändern! Die GRÜNE JUGEND fordert, dass jegliche öffentliche Beteiligungen an klimaschädlichen Unternehmen beendet und Finanzmittel divestiert werden. Wir wollen, dass sich öffentliche Akteur*innen ausschließlich an den Energieträgern beteiligen, die mit unserer Zukunft vereinbar sind.

Marktmechanismen alleine werden die Welt nicht retten - wir brauchen einen Systemwandel

Ein CO2-Preis und weitere finanzpolitische Mechanismen wie ein Ende aller klimaschädlichen Subventionen alleine werden die Klimakrise nicht beenden. Vielmehr ist die Mehrwertlogik und der damit verbundene Wachstumszwang des Kapitalismus das Problem. Für uns ist klar, dass wir ein anderes Wirtschaftssystem brauchen, in dem Wohlstand nicht mehr auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Wir müssen über das kapitalistische System hinaus denken und ein sozial- ökologisches Wirtschaftssystem entwickeln, das die Bedürfnisse von Menschen sowie den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage in den Mittelpunkt stellen und entlang dieser Linien technischen Wandel gestalten und nutzen.

Ordnungspolitik wie ein Kohleausstieg bis 2030 in ganz Europa, Preispolitik, Daseinsvorsorge, eine starke öffentliche Hand sowie Förder- und Investitionspolitik müssen heute den Rahmen setzen, können jedoch niemals eine langfristige Lösung sein. Für uns ist klar: Nur wenn wir unsere Wirtschaft grundlegend verändern und eine sozial-ökologische Transformation außerhalb des Kapitalismus und der Wachstumslogik schaffen, kann unsere Lebensgrundlage langfristig bestehen und ein gutes Leben für alle Menschen garantiert werden.